

V4 Demokratie fördern – Zivilgesellschaft stärken

Antragsteller*in: Constanze Oehrich (KV Schwerin)

Tagesordnungspunkt: 7. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Eine lebendige Zivilgesellschaft ist elementar für unsere Demokratie. Engagierte
2 Menschen in Initiativen, Verbänden, Vereinen, Kirchen und NGOs stärken den
3 Zusammenhalt, sorgen für außerschulische Bildungsangebote, tragen dazu bei,
4 wichtige Anliegen, wie beispielsweise den Kampf für eine offene Gesellschaft,
5 gegen Rassismus, Sexismus, Homo- und Transfeindlichkeit, auf die öffentliche
6 Tagesordnung zu setzen, und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur
7 politischen Willensbildung.

8 Doch ebendiese Zivilgesellschaft steht unter Druck. Die AfD und leider auch die
9 CDU ziehen durch ihre Kleinen Anfragen die Gemeinnützigkeit und damit die
10 steuerliche Begünstigung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Initiativen in
11 Zweifel. Hinzu kommt: Viele Verbände, Vereine und NGOs finanzieren sich aus
12 Projektmitteln. Das bedeutet, sie können ihre Gelder nur im Rahmen der
13 bewilligten Projekte und nur innerhalb der dafür vorgesehenen Zeiträume
14 einsetzen. Das erschwert die Arbeit ganz massiv, weil eine langfristige Planung
15 unter diesen Bedingungen nicht möglich ist.

16 Die Koalition von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundesebene hatte sich
17 darauf verständigt, Abhilfe zu schaffen und ein Bundesdemokratiefördergesetz auf
18 den Weg zu bringen. Die Verabschiedung des von Bundesinnen- und
19 Bundesfamilienministerium vorgelegten Gesetzentwurfs scheiterte jedoch am
20 Widerstand der FDP.

21 Wir BÜNDNISGRÜNE treten dafür ein, dass zivilgesellschaftliche Initiativen zur
22 Stärkung der Demokratie nachhaltig finanziert werden. Nicht nur der Bund, auch
23 die Länder können dazu einen Beitrag leisten. Das Land Berlin hat einen ersten
24 Schritt in diese Richtung gemacht. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, dass auch
25 Mecklenburg-Vorpommern aktiv wird. Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat
26 die Landesregierung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dazu
27 aufgefordert, ein Landesdemokratiefördergesetz zu erarbeiten und in den Landtag
28 einzubringen.

29 Die Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern
30 beschließt:

31 Wir fordern die Landesregierung dazu auf, den Beschluss des Landtags vom 10.
32 April 2025 zügig umzusetzen und zeitnah den Entwurf für ein
33 Landesdemokratiefördergesetz auf den Weg zu bringen, um, noch vor Ablauf der
34 aktuellen Legislaturperiode, die über lange Jahre gewachsene demokratische
35 Zivilgesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig zu fördern und
36 langfristig abzusichern.

Unterstützer*innen

Alexander Kieslich (KV Schwerin); Jutta Wegner (KV Mecklenburgische Seenplatte); Marc Steinbach (KV Schwerin); Rebecca Laubach (KV Rostock); Rolf Martens (KV Vorpommern-Rügen); Clemens Wloczka (KV Rostock); Henning Wüstemann (KV Rostock); Tilman Buß (KV Mecklenburgische Seenplatte); Falk Pollehne (KV Nordwestmecklenburg); Barbara-Marie Mundt (KV Ludwigslust-Parchim); Philipp Lübbert (KV Ludwigslust-Parchim); Antje Brandt (KV Ludwigslust-Parchim); Julian Schröer (KV Rostock); Andreas Wegner (KV Mecklenburgische Seenplatte); Brigitte Kowalsky (KV Ludwigslust-Parchim); Hilmar Wenck (KV Rostock); Pamela Dorsch (KV Vorpommern-Rügen); Silvia Schlage (KV Rostock); Daniel Wigger (KV Mecklenburgische Seenplatte); Ronja Tabea Thiede (KV Rostock); Klara Hansen (LV Grüne Jugend Mecklenburg-Vorpommern)